

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, zur Ausschaltung von Franz Alt als TV-Moderator: Erhöhte Wachsamkeit geboten.
Seite 1

Peter Lindner MdL, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, fordert eine Absage an den Geschwindigkeitswahn: Weniger PS.
Seite 3

Peter Conradt MdB nimmt Anstoß daran, daß die von Subventionen am meisten Begünstigten am lautesten nach dem Abbau von "Zuschüssen" für andere rufen: "Staatsverbände"
Seite 5

Dokumentation

Die SPD Baden-Württemberg hat dieser Tage - sechs Monate vor den Landtagswahlen - eine personelle und programmatische Alternative zum Kabinett Späth vorgelegt. Wir dokumentieren dieses Papier mit einer Vorbemerkung des Landesvorsitzenden Ulrich Lang.
Seite 6

38. Jahrgang / 191

5. Oktober 1983

Erhöhte Wachsamkeit geboten

Die Ausschaltung von Franz Alt ist ein einmaliger Vorgang in der deutschen Rundfunkgeschichte

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat alle sozialdemokratischen Mitglieder in den Aufsichtsgremien der Rundfunk- und Fernsehanstalten zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. Der Grund: Die erklärte Gleichschaltungsabsicht des Presseamtes der Bundesregierung, die - wie der Fall Franz Alt zeigt - offensichtlich ihre Wirkung tut und die darauf abzielt, die Kritiker des Regierungskurses in der friedenspolitischen Diskussion mundtot zu machen. Die Mitglieder in den Gremien dürften dies um der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks willen nicht widerspruchslos hinnehmen, sagte Willy Brandt, sondern müßten jetzt energisch auf den Tisch klopfen.

Aus Anlaß der Aussperrung Franz Alts von der Moderation der "Report"-Sendung wird SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz deshalb alle sozialdemokratischen Gremienmitglieder in den Rundfunkanstalten der ARD direkt ansprechen. Es müsse alles unternommen werden, um die Entscheidung gegen den Moderator, die offiziell durch den Südwestfunk-Intendanten Hilf (CDU) exekutiert wurde, rückgängig zu machen. Peter Glotz bekräftigte in diesem Zusammenhang die Erklärung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau, daß sich die Sozialdemokraten für Franz Alt in der Öffentlichkeit und in den Rundfunkanstalten einsetzen werden und ihm vollen Rechtsbeistand und Rechtsschutz anbieten.

Die SPD mißt dem Fall Alt allergrößte Bedeutung zu. Daß ein Journalist ausgeschaltet werden soll, weil er in einer zentralen politischen Frage dem offiziellen Regierungskurs im Wege steht, ist in seiner Direktheit einmalig in der Rundfunkgeschichte der Bundesrepublik. Vergleichbar ist dieser Vorgang nur dem (letztlich erfolgreichen) Versuch Konrad Adenauers in den fünfziger Jahren, den Sozialdemokraten Fritz Sänger als Chefredakteur der Deutschen Presseagentur abzulösen, weil Adenauer erklärtermaßen "nicht vom politischen Gegner informiert" werden sollte.



Was Adenauer in der ihm eigenen Direktheit wenigstens offen aussprach, unternehmen die heute in Bonn Regierenden auf Schleichwegen. Regierungssprecher Boenisch hat mit seiner gestrigen Stellungnahme, er sehe im Fall Alt "kein Alarmsignal", mehr als einen erschütternden Mangel an persönlicher Sensibilität und Courage bewiesen, man muß davon ausgehen, daß er damit unfreiwillig die stillschweigende Komplizenschaft der Bundesregierung mit dem SWF-Intendanten offenbart hat.

Unionsparteien und FDP haben bisher zum Fall Alt geschwiegen - und das spricht für sie. Geißlers "5. Kolonne"-Doktrin tut jetzt ihre Wirkung. Sie trifft einen Mann, den der CDU-Generalsekretär offensichtlich nur als Vorzeige-Widerpart für Schaulustanstaltungen in Sachen innerparteilicher Demokratie benutzt hat. Nun wird derselbe Mann, der sich auf die Bergpredigt beruft, der Bundesregierung in ihrem mangelnden Einsatz für die Abrüstung offensichtlich lästig. Aussperrung heißt die Konsequenz.

Die FDP übrigens hatte Alt erst vor zwei Monaten mit dem Karl-Hermann-Flach-Preis für die "liberale und demokratische Tendenz" seiner Arbeit ausgezeichnet. Daß die Genscher-Partei bis zur Stunde schweigt, ist gewissermaßen noch posthum eine Beleidigung des ehemaligen FDP-Generalsekretärs.

Mehrere ARD-Moderatoren, die die Ausschaltung Franz Alts als eine "gezielte Einschränkung der Meinungsfreiheit" und den "Beginn einer Gewissensprüfung" für Journalisten bezeichnet haben, haben Recht. Mit diesem Fall stellen die Konservativen auf unnachahmliche bürokratische Weise die Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik auf die Probe. Wir verstehen nicht nur, - wir unterstützen alle Journalisten, gleich welcher politischen Richtung sie sich zuordnen mögen, in ihrer Ablehnung und ihrem Widerstand gegen diese Maßnahme.

(-/5.10.1983/hi/rs

+ + +



Weniger PS

Die Menschen müssen dem Geschwindigkeitswahn eine Absage erteilen

Von Peter Lindner MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Gerade hatte ein Umdenken, ein Besinnen auf ökologische Notwendigkeiten und Ziele begonnen und ein kleines umweltpolitisches Wunder schien sich anzubahnen: der deutsche Bürger war offensichtlich bereit, am Lack des "Goldenen Kalbes" Auto kratzen zu lassen!

Was Unfallstatistiken, Verkehrstote und -verletzte kaum und die Ölschocks der vergangenen Jahre dann ein wenig mehr bewirkten, hat durch den Ökoschocker des Jahres '83 "Waldsterben" zumindest einen Sommer lang den Bundesbürger zu enormen umweltpolitischen Zugeständnissen gebracht: er hat seinen Liebling Auto zur Disposition gestellt! Der deutsche Bürger war bereit, die schädlichen Auswirkungen des Kraftfahrzeuges anzuerkennen und zu überlegen, wo sie beschnitten oder gar vermieden werden könnten. Er war ganz eindeutig bereit, zur Schonung der Umwelt einige hundert Mark bei der Anschaffung seines Pkw's für Abgasreinigung draufzulegen.

Dies zeigte ganz deutlich die Diskussion um die Einführung des bleifreien Benzins, von dem sich Umweltschützer und Gesundheitspolitiker eine entscheidende Verbesserung der Luftsituation und Gesundheitspolitiker eine entscheidende Verbesserung der Luftsituation in unseren Landen versprochen.

In der Schlacht um den Katalysator als dem bis jetzt besten Mittel zur Erreichung der maximalen Säuberung der Autoabgase erlitt die Zukunft der Automobilhersteller die erste Niederlage bei ihren jahrelangen Widerständen gegen umweltfreundlichere Autos. Der Bürger war mit keinen Horrorgeschichten über angebliche Nachteile von bleifreiem Benzin und Katalysator und keinen Zahlen über angebliche Verteuerung zu verunsichern. Er erklärte sich bereit, Umweltschutz zu betreiben und dies auch zu bezahlen. Die Autoindustrie schien nachzugeben. Zum Leidwesen ihrer Spitzenmanager war sie sicher uneins. Doch dann kam die IAA (Internationale Automobilausstellung) in Frankfurt. Und für aufmerksame Beobachter war klar, was dann wenige Tage später Herr Rodenstock als oberster Arbeitgeber als Parole ausgab: es muß wieder ein Wachstum her! Wie das beim Auto aussieht, zeigte sich in Frankfurt mehr als deutlich.

Keine Zweifel ließ die Automobilindustrie am Charakter ihrer Mammutschau aufkommen. Dem Kunden soll Appetit auf die neuen Modelle gemacht werden. Mehr Kraft, mehr Komfort, mehr Platz und mehr Technik - so präsentieren sich die Neuerungen am Auto '84. Doch über die Umweltprobleme, zu denen das Auto erheblich beiträgt, wird geschwiegen.



Viel gesprochen wird dagegen über noch günstigere Verbrauchswerte und weiter verbesserte Fahrleistungen.

An solchen Kriterien allein jedoch läßt sich der ökologisch-ökonomische Wert eines Autos heute nicht mehr messen. Denn wo ist die Erfüllung einiger wichtiger Forderungen der Energie-, Gesundheits- und Umweltpolitiker wie zum Beispiel Fünf-Gang-Getriebe, elektronische Zündanlage, geringe PS-Zahlen und geringerer Benzinverbrauch? Wo ist das Angebot von "Zwangssicherheitsgurten"? Und wo sind asbestfreie Brems- und Kupplungsbeläge oder niedrige Fahrgeräuschwerte und lärmarme Auspuffanlagen?

All das war kein oder kaum Gesprächs- oder Ausstellungsthema in Frankfurt. Es fragt sich, ob diese massive und gewaltige, durch die Medien meist einseitig unterstützte Verkaufskampagne der Automobilindustrie zusammen mit der erwähnten Arbeitgeberaktion "mehr Wachstum" die reale Wende des Umweltschutzes bedeuten soll!

Der Aktionstag der Umweltverbände am 25. September unter dem Motto "Auto und Umwelt" hat den jahrelangen Versuch fortgesetzt, den Gebrauch des Autos durch den Menschen gegenüber der Umwelt mit Nachdenklichkeit zu versehen, ohne die positiven Werte des Kraftfahrzeuges in Frage zu stellen oder das Auto selbst zu "vermiesen".

Um den Erfolg der Aktion "Auto und Umwelt" ermessen zu wollen, bedarf es begeisterungsstarker Optimisten. Denn das Motto der IAA "Das Auto - Motor unserer Zeit", zusammen mit der Rodenstock-Parole "mehr Wachstum", läßt Schlimmes ahnen und befürchten.

So bleibt nur eine Hoffnung: Der Bürger muß entscheiden, wo entlang der Weg zu gehen hat in die neunziger Jahre, die eine lebensfähige Umwelt mit umweltfreundlichen Autos und Krafträdern anbieten oder in ein Jahrzehnt, in dem die Ökologie erneut einer Wachstum-um-jeden-Preis-Industrie geopfert wird.

Ich setze darauf, daß die Menschen in unserem Staat die Zeichen verstanden haben und den Mut aufbringen, mit weniger PS dem Chrom- und Geschwindigkeitswahn der Automobilindustrie eine Absage erteilen, eine Absage, die der Umwelt und dem Menschen darin eine Chance zum Überleben gibt.

(~/5.10.1983/hi/rs)

+ + +



Die "Staatsverbände"...

Die Forderung nach Subventions-Abbau sollte zuerst deren Urheber treffen

Von Peter Conradi MdB

"Der Staat soll sich heraushalten", so tönen die Interessenverbände des Kapitals landauf-, landab. "Weniger Staat" - unter diesem Motto wird zielstrebig an allen Stellen der Abbau staatlicher Politik gefördert, und die Zeitungen drucken das brav nach - schließlich handelt es sich um einflußreiche Verbände von einflußreichen Firmen, die im Anzeigengeschäft etwas zu sagen und zu bezahlen haben.

Aber niemand sagt, daß diese Verbände, die ständig nach "weniger Staat" rufen, kräftig vom Staat mitfinanziert werden. Ob deutscher Industrie- und Handelstag, Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer oder Gesamtmetall, sie leben alle von Beiträgen, die von den Mitgliedsfirmen als Betriebsausgaben voll vom Gewinn abgesetzt werden, das heißt 30 bis 50 Prozent der Mittel dieser Verbände sind aus Steuerverzicht finanziert. Und den Rest wälzen Industrie, Banken, Handel und Vermieter auf die Verbraucher ab.

Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden, das gilt auch für das herrschende Steuerrecht. Kein Wunder, daß Industrie und Handel, Vermieter und Arbeitgeber ihre Interessen lautstärker und gewichtiger vertreten können, als Verbraucher, Mieter oder Arbeitnehmer.

Wir sollten mit der Forderung "weniger Staat" bei denen ernst machen, die am lautesten danach rufen, indem wir die Absetzbarkeit von Beiträgen an Interessenverbände streichen oder wenigstens auf einen einheitlichen Prozentsatz von der Steuerschuld begrenzen. Da würden die aus Staatsknete mitfinanzierten Präsidenten und Geschäftsführer aber laut aufschreien, so hätten sie es denn doch nicht gemeint.

(-/5.10.11983/vd-hb/rs)

+

+

+



Dokumentation

Die SPD-Baden-Württemberg hat jetzt, sechs Monate vor den Landtagswahlen, eine programmatische und personelle Alternative zum Kabinett Späth präsentiert. Wir dokumentieren dieses Papier.

Die SPD-Alternative für Südwest

1. Vorbemerkung

Ich habe auf dem SPD-Landesparteitag in Balingen am 19. Juni 1983 nach meiner Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten angekündigt, daß ich im Herbst einige Sozialdemokraten benennen werde, die mit mir bis zum 25. März 1984 die programmatische sozialdemokratische Alternative zur CDU-Landesregierung ausarbeiten und diese auch personell zusammen mit unseren Landtagskandidaten vertreten werden.

Ich würde mir wünschen, daß sich die CDU und ihre Minister der Diskussion stellen. Denn von dieser Diskussion über die Zukunft unseres Landes kann Baden-Württemberg nur gewinnen. Die Alternative ist klar. Die Diskussion kann beginnen.

Ulrich Lang

2. Ausgangslage

In Baden-Württemberg finden am 25. März 1984 Landtagswahlen statt. Bei diesen Wahlen will die SPD die absolute Mehrheit der CDU brechen. Dieses Ziel hat auch die FDP, die dann gleichzeitig Koalitionspartner der CDU werden will.

Diese Ausgangskonstellation verlangt nach einer klaren sozialdemokratischen Alternative zur Übermacht der CDU. Dieses gilt auch gerade dann, wenn zu erwarten ist, daß es zu einer CDU/FDP-Koalition kommt, wenn die CDU die absolute Mehrheit in Baden-Württemberg verliert. In vielen Gemeinden, in vielen Städten, in der Mehrheit der Länder, im Bundestag und sogar in der Bundesversammlung dominiert heute die CDU. Wenn eine Partei mehr oder weniger allein bestimmt, ist das nicht gut für unsere Demokratie. Die Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen und Handlungskonzepte. Deshalb wird die SPD Baden-Württemberg in den nächsten sechs Monaten mit einer klaren programmatischen und personellen sozialdemokratischen Alternative die CDU und ihre Landesregierung herausfordern.

Die SPD Baden-Württemberg hat für jedes politische Sachgebiet eine Frau oder einen Mann als personelle Alternative zur CDU-Landesregierung benannt. Gleichzeitig bringt die SPD Baden-Württemberg ihre Vorschläge zur Reform der Regierung und ihrer Arbeit ein, die als Vorschläge zur Kabinettsreform Gültigkeit auch nach der Landtagswahl haben sollen; gleich wie diese vom Wähler entschieden wird.

Die SPD-Mannschaft wird nun in den nächsten Monaten an einem SPD-Regierungsprogramm für Baden-Württemberg 1984-88 arbeiten. Gleichzeitig werden die Mitglieder der SPD-Mannschaft die CDU-Minister zur Diskussion herausfordern. Mit diesem sachlichen und personellen Wettbewerb um die besten politischen Ideen und Konzepte wollen wir einen Beitrag zur Stärkung der Landespolitik in unserer föderativen parlamentarischen Demokratie leisten. Wir wollen aber auch eine gute demokratische Tradition in unserer politischen Kultur fortsetzen, und wir wollen dem Bürger mit einer klaren Alternative die wirkliche Entscheidung bei den Landtagswahlen verdeutlichen. Dieses letztere ist schon deshalb notwendig, weil die Wahlbeteiligung bei den letzten beiden Landtagswahlen von 81 Prozent auf 71 Prozent 1980 rapide gesunken ist. Baden-Württemberg hatte damit die niedrigste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen.

3. Kritische Anmerkungen zur CDU-Landesregierung

Nach 12 Jahren CDU-Alleinherrschaft in Baden-Württemberg stellen wir immer mehr fest, daß politische Monopole zu Trägheit in der Politik führen und die notwendigen gesellschaftspolitischen Innovationen und Reformen ausbleiben. In einer Zeit, in der wir einen dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel erleben, wird dieses zu einer schweren Belastung für die Entwicklung unseres Landes. Wieselflinke Öffentlichkeitsarbeit



kann nicht darüber hinweg täuschen, daß Baden-Württemberg gegenwärtig von einer der schwächsten Regierungen, die unser Land in der Geschichte des Südweststaates jemals hatte, mühselig verwaltet wird.

Die CDU-Landesregierung bereitet unser Land nicht ausreichend auf die Herausforderungen vor, vor denen alle Industrienationen in den nächsten Jahren und im nächsten Jahrzehnt stehen. Die besondere positive Position Baden-Württembergs, deren Fundament in der Leistung der Menschen nach dem 2. Weltkrieg und in der Gründung eines starken Südweststaates begründet liegt, kann nur gehalten werden, wenn heute bereits in einer großen Anstrengung Zukunftsvorsorge betrieben wird. Trotz der gründlichen PR-Arbeit des Staatsministeriums kann davon aber nicht gesprochen werden.

Die CDU-Landesregierung bietet gegenwärtig das Bild eines nur noch mühevoll zusammengehaltenen Puzzles. Nachdem seit Monaten feststeht, daß die Bundesratsministerin Anneliese Griesinger nur noch bis zum 25. März 1984 die Geschäfte führen möchte, danach Späth aber nicht mehr zur Verfügung steht und nachdem auch feststeht, daß Innenminister Herzog jetzt zum Bundesverfassungsgericht überwechselt, muß endlich gehandelt werden. Hinzu kommt, daß Wissenschaftsminister Engler und Wirtschaftsminister Eberle so amts-müde sind, daß Späth diese Ressorts schon jetzt quasi im Staatsministerium mitverwalten muß. Außerdem fordern jetzt schon CDU-Vertreter den Rücktritt von Kultusminister Mayer-Vorfelder. Der Staatssekretär Ludwig wird nicht wieder für den Landtag kandidieren, möchte aber bis zum OB-Wahl-Termin in Ulm Staatssekretär bleiben. Das CDU-Kabinett gleicht immer mehr einem Vakanz-Kabinett. Die Staatssekretäre sind zwar teuer, aber leisten - wie der Ministerpräsident auf seinem CDU-Parteitag in Leimen sagte - eine für die CDU unbezahlbare Öffentlichkeitsarbeit. Gerade in einer wirtschaftlichen und sozialen Umbruch-situation unserer Gesellschaft ist es aber für ein so sehr von neuen Initiativen und Innovationen abhängiges Land wie Baden-Württemberg unverantwortlich, acht Monate praktisch nur mit einem Hilfsmotor regiert zu werden.

Deshalb kann man eigentlich vom Ministerpräsidenten erwarten, daß er die Kabinettsarbeit nicht schleifen läßt, sondern jetzt entschlossen und zielgerichtet handelt. Andernfalls könnten die Vakanz- und Lethargieprobleme einiger Minister das ganze Kabinett erfassen. Dieses wäre jedoch für das Land Baden-Württemberg fatal. Auch wenn es für Späth verständliche taktische Überlegungen im Zusammenhang mit der Neubesetzung einer Reihe von Ressorts geben mag, zum Beispiel die, wie er Minister eines Koalitionspartners nach der Landtagswahl unterbringen soll, wenn es für die CDU zur absoluten Mehrheit nicht mehr reicht, müssen diese jedoch hinter der Notwendigkeit, ein Land wie Baden-Württemberg ordentlich zu regieren, auf jeden Fall zurücktreten.

4. Vorschläge zur Reform der Regierungsarbeit

Die Regierungsarbeit muß grundlegend reformiert werden, weil sie in ihrer bisherigen Form den heutigen und zukünftigen Aufgaben nicht mehr gerecht wird, nicht bürgernah genug und entschieden zu teuer ist. Wir schlagen als wichtigste Reform der Regierungsarbeit vor:

4.1 Staatsministerium

Das Staatsministerium hat sich wegen der Schwächen der Ressortminister immer mehr zu einem zentralistischen Superministerium ohne Verwaltungsunterbau und ohne inhaltliche Ressortsubstanz entwickelt. Das führt dazu, daß zwar alle schnellen Erklärungen zu Fragen der Landespolitik hier abgegeben werden können, daß aber quer zu allen Ressorts Initiativen angekündigt werden können, daß aber die systematische Umsetzung von politischen Leitsätzen entweder gar nicht mehr stattfindet, oder von den Ressorts nur noch hilfsweise abgewickelt wird. Man kann eben eine ganze Regierung nicht in einer Kanzlei verwalten und führen. Zur Regierungsarbeit gehört eben mehr als nur Regierungserklärungen. Eine fundierte, systematische, zähe Umsetzung von politischen Leitsätzen kann aber nur gelingen, wenn man die Substanz, die Kompetenz und die Infrastruktur der Ministerien nutzt und nicht an ihnen vorbei "Erklärungspolitik" macht. Deshalb muß das Staatsministerium auf seine eigentliche Führungs- und Richtlinienkompetenz zurückgeführt werden. Die SPD schlägt vor, daß

o die Funktion des Landesbeauftragten für Behinderte in das Sozialministerium übertragen wird,



- o die Funktion des Landesbeauftragten für Technologietransfer in das Wirtschaftsministerium übertragen wird,
- o die Funktion des Landesbeauftragten für Vertriebene in das Innenministerium übertragen wird,
- o die Zuständigkeit für die Landeszentrale für politische Bildung in das Kultusministerium übertragen wird.

4.2 Natur- und Umweltschutzpolitik

Wir brauchen in der Regierungsarbeit in Baden-Württemberg ein eigenständiges Natur- und Umweltressort. Dieses Politikfeld, das bisher in der Regierungsarbeit vernachlässigt wurde, wird immer wichtiger und muß deshalb mit einem integrierten Handlungskonzept auf der Regierungsebene etabliert werden. Dazu müssen aus dem bisherigen Landwirtschaftsministerium in das neue Ressort die Bereiche

- o biologisch-ökologischer Umweltschutz, Landespflege, landschaftsbezogenes Erholungs- wesen,
- o Naturschutz und Landschaftspflege,
- o Landschaftsentwicklung,
- o Wasserwirtschaft und Wasserrecht, Gewässerschutz, Abfallbeseitigung,
- o Verbraucherangelegenheiten.

Aus dem Sozialministerium müssen in das neue Ressort die Bereiche

- o technischer Umweltschutz, Immissionsschutz,
- o Sicherheit in der Kerntechnik, Aufsicht nach dem Atomgesetz.

Außerdem muß aus dem Innenministerium in das neue Ressort der Bereich der

- o Landesplanung

übertragen werden.

4.3 Bundesrat

Die Interessenvertretung Baden-Württembergs in Bonn soll von einem Ministerium mit Querschnittsfunktion wahrgenommen werden. Dafür am besten geeignet ist das Justizressort, das sich ohnedies mit allen wichtigen Gesetzesvorhaben des Landes befassen muß. Bei besonders wichtigen Vorhaben wird sich das Staatsministerium beteiligen müssen.

4.4 Staatssekretäre

Die beiden Staatssekretäre als Mitglieder der Landesregierung (Staatsministerium und Innenministerium) und die sieben politischen Staatssekretäre (Landwirtschafts-, Kultus-, Wissenschafts-, Justiz-, Finanz-, Sozial- und Wirtschaftsministerium) haben nach der Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion durch die Landesregierung keine präzise abgegrenzten Sach- und Aufgabengebiete. Die neuen Staatssekretäre kosten einschließlich ihrer persönlichen Referenten, Sekretärinnen, Fahrer usw. jährlich fast vier Millionen DM. Es wird immer offensichtlicher, daß bei den Staatssekretären der Dienst am Gemeinwohl abnimmt und der Anteil an den Gesamtaktivitäten der Staatssekretäre, die im parteipolitischen Interesse liegen, zunimmt. Dieses wurde auch durch den CDU-Ministerpräsidenten auf dem letzten CDU-Landesparteitag in Leinem bestätigt, als er dem Antragsbegehren mehrerer CDU-Delegierter, die Staatssekretäre abzuschaffen, mit dem Argument begegnete, sie hätten einen parteipolitisch unbezahlbaren Wert für die Öffentlichkeitsarbeit. Dieses ist aber nicht mit ihrem Amtseid nach Artikel 48 der Landesverfassung, ihrer Kraft dem Wohl des Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben, in Einklang.

Die SPD schlägt vor, diese überholte und heute nur noch parteipolitisch zu begründende Einrichtung der Staatssekretäre abzuschaffen. Dieses würde den Staatshaushalt entlasten,



die Ressortarbeit entbürokratisieren und den unerlaubten Wettbewerbsvorteil der Regierungspartei abbauen.

4.5 Datenschutz

Der Datenschutzbeauftragte soll nicht mehr dem Innenministerium unterstellt werden. Die SPD möchte die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten dadurch stärken, daß er unmittelbar dem Parlament verantwortlich ist.

4.6 Gleichstellung der Frau

Die Gleichstellung der Frau ist nach wie vor eine besonders wichtige politische Aufgabe in unserem Land. Noch zu oft werden Frauen benachteiligt. Die Alibi-Einrichtung eines kleinen unbedeutenden Frauenreferats im Sozialministerium kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Die Frage der Gleichstellung der Frau ist auch nicht in erster Linie eine Sozialfrage. Deshalb schlägt die SPD die Schaffung einer eigenen Stelle zur Gleichstellung der Frau im Justizministerium vor. Diese Gleichstellungsstelle soll im Querschnittsressort Justiz bei allen Gesetzen und Gesetzesvorhaben beteiligt werden, um die Gleichstellung der Frau durchzusetzen.

4.7 Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Das Wirtschaftsressort soll seine bisherigen Sachgebiete behalten, aber sich verstärkt auch um Fragen des Technologietransfers kümmern. Deshalb wird in dieses Ressort die Tätigkeit des Landesbeauftragten für Technologietransfer integriert.

4.8 Forschung, Wissenschaft und Kunst

Dieses Ressort soll sich gründlicher als bisher mit der Forschungspolitik befassen. Forschungsarbeit wird für unser Land immer wichtiger. Deshalb darf der Hochschulbereich nicht nur verwaltet werden. Das Ressort soll in Zusammenarbeit mit den Ressorts "Wirtschaft" und "Soziales" die Forschungsarbeit des Landes intensivieren. In diesem Ressort sollten alle Zuständigkeiten im Bereich Kunst zusammengefaßt werden. Das heißt, daß aus dem Ministerium für Kultus und Sport die Bereiche "Amateur- und Volkstheater, Volksmusik und Jugendmusik" übertragen werden sollen.

Dieses sind die wichtigsten Vorschläge zur Reform der Regierungsarbeit. Die SPD hält diese Reform für dringend geboten, und zwar unabhängig davon, welche Partei oder welche Parteiformation die Regierung nach der Landtagswahl stellen wird.

5. Die personelle SPD-Alternative zur CDU-Landesregierung

Die SPD-Baden-Württemberg hat sich seit zwei Jahren mit den wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklungslinien und Herausforderungen der nächsten Jahre für unser Land Baden-Württemberg mit ihrer Kommission "Zukunft Baden-Württemberg" befaßt. Die Kommission wird in wenigen Tagen einen "Report" zu der Zukunftsentwicklung unseres Landes vorlegen. Folgende Personen sollen nun in den nächsten Monaten die sozialdemokratische Alternative zur CDU-Landesregierung programmatisch formulieren und personell vertreten:

Ministerpräsident/Staatsministerium: Ulrich Lang, Innenministerium: Harald B. Schäfer, Ministerium für Kultus und Sport: Siegfried Vergin, Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst: Dr. Andreas von Bülow, Justizministerium/Ministerium für Bundesangelegenheiten: Dr. Herta Däubler-Gmelin, Finanzministerium: Hans Beerstecher, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Dr. Dieter Spöri, Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Karl Nicola, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung: Werner Weinmann, Ministerium für Natur und Umwelt: Uli Maurer. (-/5.10.1983/hl/rs)

+ + +

